

Nuriev, El'chan E.

Research Report

Wahlen in Aserbaidshon: Innenpolitische Machtkämpfe und strategische Interessen der Großmächte

SWP-Aktuell, No. 55/2005

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,
Berlin

Suggested Citation: Nuriev, El'chan E. (2005) : Wahlen in Aserbaidshon: Innenpolitische
Machtkämpfe und strategische Interessen der Großmächte, SWP-Aktuell, No. 55/2005, Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254582>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

Wahlen in Aserbaidshon

Innenpolitische Machtkämpfe und strategische Interessen der Großmächte

*Elkhan Nuriyev**

Zwei Jahre nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten Aserbaidshons sieht sich Ilham Aliyev mit einer an Schärfe gewinnenden innenpolitischen Krise konfrontiert. Am 6. November 2005 fanden Parlamentswahlen statt, bei denen die Opposition und westliche Wahlbeobachter zahlreiche schwerwiegende Verstöße und Fälschungen registrierten. Das Regierungslager wiederum versichert, alle Voraussetzungen für faire, transparente und demokratische Wahlen seien erfüllt gewesen. Internationale Organisationen waren schließlich weit im Vorfeld der Wahlen bemüht, für solche Voraussetzungen zu sorgen. Die USA, der wichtigste externe Spieler in der Region, gaben zu verstehen, daß sie auf Wahlmanipulationen deutlich reagieren würden. So sehr sich im Umfeld der Wahlen die internationale Aufmerksamkeit auf das Kräftespiel zwischen der Staatsmacht und Oppositionellen richtet, dürfen darüber die Dynamiken innerhalb der Elite nicht außer acht gelassen werden. Vor den Parlamentswahlen kamen Trennlinien innerhalb des Regierungslagers deutlich zum Vorschein.

Als Heidar Aliyev, der das Land seit 1993 mit harter Hand regiert hatte, im Dezember 2003 verstarb, hatte er im vorausgehenden Oktober seinem Sohn Ilham die Nachfolge gesichert. Mit dessen Machtantritt setzte ein Prozeß der Fragmentierung des politischen Machtgefüges ein: Einige Mitglieder der Regierung gerieten in offenen Konflikt miteinander. Die Machtelite teilte sich markanter als zuvor in einflußreiche Gruppierungen auf. Es entbrannte ein Kampf um Einfluß auf den Präsidenten und seine nächste Umgebung, prominent ausgeprägt zwischen dem Vorsitzenden des Staatlichen Zollkomitees, Kemalladin Heidarow, einem erprobten Hardliner der

»alten Garde«, und dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Farhad Aliyev, der – wohl nicht nur aus uneigennütigen Motiven – für Wirtschaftsreformen eintrat. Während ausländische Beobachter weitgehend auf eine Konfrontation zwischen der Staatsmacht und der Opposition fixiert blieben, war für die innenpolitische Situation eher der Kampf der verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Regierungslagers kennzeichnend.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen spitzte sich die Lage zu. Die führenden Oppositionsparteien wurden verstärkt aktiv, die Differenzen im Regierungslager nahmen zu. Die Oppositionsführer drohten mit

* Der Autor, derzeit DAAD/OSI-Gastwissenschaftler in der SWP, ist Leiter des Center for International Studies in Baku, Aserbaidshon, und Professor für Politikwissenschaft an der dortigen Western University

Karte
Aserbaidschan



Quelle: © Spiegel online, 2005.

einer »Farbrevolution«, falls die Regierung nicht für faire und gerechte Wahlen sorgen würde. Die Staatsmacht wiederum unterdrückte jegliche Versuche der Opposition, regierungsfeindliche Protestaktionen und Straßendemonstrationen im Zentrum von Baku zu veranstalten. Einige hochrangige Beamte, die öffentlich Loyalität gegenüber dem Präsidenten bekundeten und die Regierungspartei unterstützten, knüpften inoffiziell Kontakte zur Opposition. Je näher der Wahltermin rückte und je stärker die Gesellschaft eine »Farbrevolution« erwartete, desto weniger verhehlten diese Beamten ihre Sympathien für die Oppositionsbewegung. Während die Sicherheitskräfte alles taten, um eine Destabilisierung zu verhindern, waren die Führer der Opposition überzeugt, daß eine Revolution die einzige Möglichkeit sei, das Alijew-Regime abzulösen und selbst an die Macht zu gelangen.

Der politische Prozeß in Aserbaidschan ist folglich nicht nur als Machtkampf zwischen dem durch die Partei »Neues Aserbaidschan« repräsentierten Regierungslager und dem Oppositionsblock »Freiheit«, sondern ebenso als Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen innerhalb der Machtelite zu charakterisieren.

Verschwörung innerhalb des Regierungslagers?

Der Anstoß zu den jüngsten Turbulenzen in Aserbaidschan kam wohl eher »von oben« als »von unten«. Ende Oktober 2005 mehrten sich die Anzeichen für einen Machtkampf innerhalb des Regierungslagers. Es kam, für viele überraschend, zu einer Säuberung in den obersten Etagen der Macht. In einer gemeinsamen Erklärung des Ministeriums für nationale Sicherheit, des Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft war von der Aufdeckung einer Verschwörung die Rede. Als ihr Anführer wurde der Ex-Parlamentspräsident Rasul Gulijew ausgemacht, ein ehemaliger Kampfgefährte Heidar Alijews, der sich mit diesem überworfen hatte und in die USA emigriert war. Wegen angeblicher Unterschlagung und Korruption hatten die aserbaidschanischen Behörden nach ihm fahnden lassen.

Neben Gulijew wurden auch einige hochrangige Vertreter der Staatsmacht und die einflußreichsten Oligarchen des Landes beschuldigt, einen Staatsstreich vorbereitet und die Opposition finanziert zu haben. Seinen Höhepunkt erreichte der Rundumschlag gegen illoyale Gefolgsleute mit der Entlassung und Verhaftung des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung, Farhad Alijew (der nicht mit Präsident Alijew verwandt ist), des Gesundheitsministers, Ali Insanow, des geschäftsführenden Leiters der Präsidentschaftsadministration, Akif Muradwerdijew, und des Chefs der größten Ölgesellschaft im Südkaukasus, Azpetrol, Rafik Alijew. Außerdem verstärkten die aserbaidschanischen Machtorgane die Kontrolle im Innern und stellten alle strategischen Objekte des Landes unter verschärfte Bewachung.

Daß der bisher für schwach gehaltene junge Präsident in seiner engsten Umgebung so hart durchgriff, war für viele überraschend. Einige Beobachter erkannten in den Aktionen Ilham Alijews gar die harte Hand seines Vaters wieder. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Präsident die mächtigen Minister und Oligarchen fürchtete,

die über erhebliches Kapital und über Ansehen in geschäftlichen und politischen Kreisen verfügten. Ebenso befürchtete er offenbar, daß einflußreiche Regierungsmitglieder nach radikaleren Reformen trachten und ins Lager der Opposition überwechseln könnten. Faktisch war Alijew mit einer schwierigen Situation konfrontiert, in der ein Teil der Nomenklatur unter gewissen Umständen bereit war, sich der Opposition anzuschließen, um einen Machtwechsel herbeizuführen oder zumindest die Präsidialgewalt zu schwächen.

Zugleich veränderte der Präventivschlag gegen einflußreiche Gruppierungen innerhalb der Staatsmacht die Kräftekonstellation und das politische Gleichgewicht, das in der Republik lange Zeit gewahrt worden war. Die im Oktober vollzogenen personellen Maßnahmen in der Regierung lösten eine politische Krise aus. Derartige politische Erschütterungen kurz vor den Parlamentswahlen und offizielle Anschuldigungen gegen Minister und Oligarchen, die Macht an sich reißen zu wollen, sagen einiges über die Beziehungen innerhalb der führenden Eliten aus. Über jene, die der Vorbereitung einer Verschwörung gegen den amtierenden Präsidenten angeklagt sind, ist das Urteil wohl schon gesprochen. Es ist unschwer zu erraten, mit welchen Methoden die Ermittlungen geführt und wie objektiv sie sein werden.

Dabei hat die Säuberung das öffentliche Ansehen des Präsidenten erhöht und den Oppositionsparteien insofern geschadet, als Verbindungen zwischen Gulijew, korrumpierten Regierungsmitgliedern und Regimegegnern hergestellt wurden. Allerdings war auch die Position der Regierungspartei »Neues Aserbaidtschan« stark angeschlagen, denn alle verhafteten hochrangigen Amtspersonen waren Mitglieder dieser Partei gewesen. Nachdem der ehemalige Gesundheitsminister Insanow seine Beteiligung an der Vorbereitung zum Staatsstreich eingestanden hatte, wurden schließlich auch viele Anhänger der »alten Garde« aus der Regierungspartei verstoßen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Säuberungen

so lange weitergehen werden, bis alle staatlichen Schlüsselpositionen mit neuen, dem Präsidenten nahestehenden Personen besetzt sind.

Höchstwahrscheinlich wird auch eine neue Etappe im Kampf um die Umverteilung des Privateigentums der ehemaligen Minister und Oligarchen beginnen. Die größten Begehrlichkeiten dürfte dabei die schwergewichtige Holding Azpetrol wecken, die über eine große Infrastruktur verfügt und fast 70 Prozent der Erdölprodukte in Aserbaidtschan und im Ausland verkauft. Azpetrol ist eine der erfolgreichsten Gesellschaften der Region, die nicht nur ihren Besitzern, sondern auch dem Staat riesige Dividenden einbringt. Da der ehemalige Wirtschaftsminister Farhad Alijew und sein Bruder Rafik Alijew, der bis vor kurzem Azpetrol leitete, mittlerweile ausgeschaltet sind, wird die Holding vermutlich an einen neuen Oligarchen fallen oder verstaatlicht werden.

Alijew hat offenkundig begriffen, daß er zur Geisel der Nomenklaturvertreter aus der »alten Garde« seines Vaters geworden war, die ihn möglicherweise bei der nächsten Gelegenheit loswerden wollte. Insofern hat er mit seinen Maßnahmen die erste Runde des Machtkampfes gewonnen und in der Vorwahlperiode die Kontrolle über die politische Gewalt straffen können. Allerdings sind noch immer etliche Vertreter der »alten Garde« in der Machtelite verblieben. Sie werden aber früher oder später abtreten und Politikern der jungen Generation Platz machen müssen.

Die Opposition

Im Laufe der letzten Jahre zeigte sich die aserbaidtschanische Opposition immer fester entschlossen, die Lage im Lande radikal zu verändern, und entwickelte ein Szenario des revolutionären Machtwechsels. Vor und unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2003 unternahm sie jeweils einen erfolglosen Versuch, das Regime zu stürzen, erhielt dabei aber – anders als die »Rosenrevolu-

tionäre« im Nachbarland Georgien – keine nennenswerte Unterstützung von außen. Nach den zugunsten der Herrschaftsübertragung innerhalb der Alijew-Dynastie manipulierten Präsidentschaftswahlen wurde die nunmehr in Zeitnot geratene Opposition von den Machtorganen zerschlagen. Die Regierenden nutzten alle nur denkbaren Hebel, um auf die innenpolitische Situation Einfluß zu nehmen. Die führenden Oppositionsparteien konnten lange nicht zu sich selbst finden und gaben sich bei Kommunalwahlen Ende 2004 praktisch kampflos geschlagen. Die Zerschlagung der Opposition bedeutete jedoch nicht das Verschwinden eines Protestelektorats. Die geschwächten Oppositionsparteien warteten weiterhin auf ihre Stunde und sahen die nächste Gelegenheit in den nationalen Parlamentswahlen im November 2005.

Schon lange vor Beginn des Wahlkampfes flammten im Oppositionslager heftige Debatten über die Neuwahlen zur gesetzgebenden Versammlung auf. Die drei aktivsten Oppositionsparteien – *Volksfront*, *Musavat* (Gleichheit) und *Demokratische Partei* – bildeten den Oppositionsblock *Azadliq* (Freiheit). Zwei der Parteien werden von ehemaligen Parlamentspräsidenten angeführt: *Musavat* von Isa Qambar und die *Demokratische Partei* von dem schon erwähnten, im amerikanischen Exil lebenden Rasul Gulijew. Er konnte im Oktober 2005 nicht nach Aserbaidschan zurückkehren, nachdem ihm für den Fall seiner Einreise die sofortige Verhaftung angedroht worden war. Führer der *Volksfront* ist der junge, reformorientierte Oppositionspolitiker Ali Kerimli. Diese Männer repräsentieren mit ihren Parteien die »radikale Opposition« gegen die amtierende Staatsmacht.

Einem weiteren Oppositionsblock unter dem Namen *Yeni Sijarat* (Neue Politik) traten einige prominente Politiker bei, darunter der in Moskau lebende erste Präsident Aserbaidschans, Ajas Mutalibow, der ehemalige Vorsitzende der *Partei der nationalen Unabhängigkeit*, Etibar Mamedow, und die Führerin der *Bewegung für nationale Einheit*,

Lala Shovket Hadschijewa. Die *Bewegung* hat sich im Laufe des Wahlkampfes zur Zusammenarbeit mit *Azadliq* entschlossen. Die *Neue Politik* steht in gemäßiger Opposition zum Alijew-Regime. Sie verlangt nicht den Sturz der Machthaber, besteht aber auf grundlegenden politischen und sozioökonomischen Reformen. Dagegen optiert *Azadliq* für den Machtwechsel und hofft auf die Unterstützung von demokratischen Kräften aus dem Westen. Einige ihrer Vertreter kündigten schon zu Beginn des Wahlkampfes für den Fall eine »Revolution« an, daß es bei den Parlamentswahlen zu Fälschungen in großem Stil kommen würde.

Internationale Organisationen und die führenden westlichen Mächte forderten die Machtorgane auf, Vorkehrungen für »faire und freie« Wahlen zu treffen. Dadurch sah sich die Opposition ermutigt, mit neuer Kraft auf der politischen Bühne aufzutreten. Der Beginn des Wahlkampfes stand dabei im Zeichen der Konfrontation: Oppositionelle wurden verhaftet, Straßendemonstrationen behindert und Protestaktionen brutal niedergeschlagen.

Unter dem Druck des Westens milderten die Machtorgane ihr Vorgehen ab. Die Situation entspannte sich etwas, insbesondere nachdem der Präsident im Mai 2005 Verordnungen über die Verbesserung der Wahlpraxis erlassen hatte. Während aber die Öffentlichkeit diese Verordnungen insgesamt wohlwollend aufnahm, blieb die Opposition mißtrauisch und äußerte erhebliche Zweifel daran, daß sie vor Ort auch praktisch umgesetzt werden. Durch die Verordnungen, die oben geschilderten Amtenhebungen in den obersten Machttagen, vor allem aber durch die Behauptung, illoyale Staatsbeamte hätten die Opposition finanziert und gemeinsam mit ihr einen Umsturz vorbereitet, gelang es dem Regime, die radikale Opposition zu schwächen. Damit war das Risiko einer »farbigen« Revolution in Aserbaidschan gemindert.

Die zahlenmäßig kleine, schlecht organisierte und nicht ausreichend finanzierte Opposition mußte sich gegenüber der

Machtelite als schwächer erweisen. Zugleich beging die Opposition erneut einen schweren Fehler: Obwohl sie nur über minimale Ressourcen verfügte, ging sie auch dieses Mal aufgesplittert in die Wahl. Sie hat es nicht vermocht, eine einheitliche politische Strategie für die Wahl auszuarbeiten, die es ihr gestattet hätte, mit einem gemeinsamen und aussagekräftigen politischen Programm anzutreten. Im oppositionellen Lager herrscht beispielsweise kaum Übereinstimmung über die außenpolitische Orientierung des Landes. Während einige wenige Gruppen einer engeren Verbindung mit Rußland den Vorzug geben, plädieren andere für eine prononcierte Westpolitik und insbesondere für einen pro-amerikanischen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch in der Innenpolitik, besonders in taktischen Fragen oppositioneller Politik, bestehen Meinungsunterschiede.

Die Schwäche der Opposition beruht auch auf der Tatsache, daß ihr eine ideologische Basis fehlt, die den Wählern als überzeugende Alternative zur amtierenden Staatsmacht erscheinen könnte. Außerdem sind prominente Oppositionsführer wie Isa Qambar und Rasul Gulijew historisch belastet: Als sie in den frühen neunziger Jahren an der Macht waren, herrschte in Aserbaidschan politisches und wirtschaftliches Chaos, und im Konflikt mit Armenien um Berg-Karabach verzeichnete man militärische Mißerfolge. Auch wenn diese Ereignisse für viele junge Aserbaidschaner lange zurückliegen und die Bevölkerung heute eher durch die um sich greifende Korruption beunruhigt ist, hat es die Opposition nicht verstanden, Chancen zu einer breiten Mobilisierung gegen das Regime zu nutzen. Sie wird zwar von westlich orientierten gesellschaftlichen Gruppen unterstützt, die auf Protest gegen die Staatsmacht eingestimmt sind und für Aserbaidschan Demokratisierung und Westorientierung fordern. Aber die Opposition kann sich nicht auf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung stützen, der eine wesentliche Voraussetzung für eine »farbige«

Revolution wäre. Außerdem unterscheidet sich die Situation in Aserbaidschan grundlegend von der in Georgien oder Kirgistan, wo die Sicherheitskräfte der gewaltsamen Konfrontation mit der Bevölkerung aus dem Weg gingen und sich die Machthaber schließlich zum Rückzug gezwungen sahen: In Aserbaidschan stehen die Geheimdienste und Sicherheitsstrukturen vollständig unter der Kontrolle der Regierenden, und die sind entschlossen, mit aller Härte gegen jeden Aufstandsversuch vorzugehen.

Die Parlamentswahlen und internationale Reaktionen

Die Wahl vom 6. November stellte die aserbaidschanischen Machtorgane auf eine harte Probe. Von Anbeginn war klar, daß der Verlauf der Wahl nicht weniger wichtig sein würde als ihr Ergebnis. Verließ die Stimmabgabe noch ruhig, heizte sich die politische Situation schon am folgenden Tag auf, als die Zentrale Wahlkommission vorläufige Zahlen bekanntgab. Danach hatte die Regierungspartei 63 der 125 Parlamentssitze erhalten, der Oppositionsblock *Azadliq* 7 Sitze, während die übrigen Sitze auf unabhängige Kandidaten und kleinere regierungsfreundliche Parteien entfielen. Mit diesem Ergebnis hätte die Regierungspartei im neuen Parlament über eine solide Mehrheit, die Opposition aber nicht einmal über eine Sperrminorität verfügt. In zehn Wahlbezirken stimmten jedoch die Ergebnisse eines *exit poll*, den die amerikanische Consultinggesellschaft *PA Government* durchgeführt hatte, nicht mit dem offiziellen Wahlergebnis überein.

Die Opposition erklärte das Wahlergebnis umgehend für gefälscht und forderte Neuwahlen. Ihre Führer ließen verlauten, daß sie für ihre verfassungsmäßigen Rechte konsequent und entschlossen, aber mit ausschließlich friedlichen Mitteln kämpfen würden. Die Behörden wiesen Behauptungen zurück, daß es zahlreiche Verstöße gegeben habe, und versicherten, daß die Stimmabgabe ohne besondere Probleme

verlaufen sei. Heftige Kritik äußerten aber auch die Beobachter der OSZE und anderer internationaler Organisationen, die die Wahl vom 6. November aufmerksam verfolgt hatten. Mit unerwarteter Schärfe meldete sich nach anfänglichem Schweigen schließlich auch das US State Department zu Wort. Amerikanische und europäische Beobachter kamen zu dem Schluß, daß die Wahl nicht den internationalen Normen entsprochen habe, und forderten die aserbajdschanischen Behörden auf, die Verstöße zu untersuchen und aufzuklären. Wieder einmal hielt die Wahlbeobachtungsmision der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) dagegen und erkannte die Wahl als demokratisch und gesetzeskonform an.

Aufgrund der massiven internationalen Kritik erklärte sich das Zentrale Wahlkomitee am Ende doch dazu bereit, die Wahl in jenen zehn Wahlbezirken zu wiederholen, in denen die offiziellen Ergebnisse erhebliche Zweifel hervorgerufen hatten. Als im Zentrum der Hauptstadt große Protestaktionen gegen die Wahlergebnisse veranstaltet wurden, leitete die Regierung erste Schritte zur Untersuchung von Verstößen ein. Darüber hinaus entließ der Präsident einige Beamte, die in Manipulationen verwickelt waren. Sehr wahrscheinlich werden zwischen der Staatsmacht und den Oppositionsblöcken separate Verhandlungen unter Vermittlung westlicher Diplomaten aufgenommen, um Erschütterungen wie im Winter 2003 zu vermeiden.

Je mehr Kräfte das offizielle Wahlergebnis anfechten, desto stärker fühlt sich die Opposition dazu ermuntert, eine gesamt-nationale demokratische Front gegen die Wahlfälschung zu formieren. Ist aber in der aserbajdschanischen Gesellschaft wirklich der Wille zu Neuwahlen vorhanden? Angesichts weit verbreiteter politischer Apathie der Bevölkerung und des niedrigen Niveaus demokratischer Bildung ist diese Frage wohl eher zu verneinen.

Der von westlicher Seite auf die Alijew-Administration ausgeübte Druck und die

Kritik an seinem Regime haben sich ganz offenkundig verschärft. Dies wiederum hat die Opposition darin bestärkt, an die Wähler zu appellieren, auf ihre legitimen Rechte zu pochen. Die schweren Fehler der Staatsmacht und die massiven Verstöße bei der Stimmabgabe haben ihr auch gar keine andere Wahl gelassen. Wenn die Opposition ihre Forderungen konsequent vorträgt, könnten sich die Machtorgane sehr bald vor eine komplizierte Situation gestellt sehen, die in einer ernsthaften Krise münden könnte. Der Verlauf der weiteren Entwicklung wird nicht nur von den Aktivitäten der Opposition abhängen, sondern in zunehmendem Maße auch von dem Verhalten der Regierenden. Ein entscheidender Faktor wird nicht zuletzt das Verhalten der Großmächte sein, denn Aserbajdschan liegt im strategischen Interessengebiet sowohl Rußlands als auch der USA.

Positionen und Interessen der Großmächte

Vor allem die USA haben in Aserbajdschan weitreichende geopolitische und geoökonomische Interessen. Ähnlich wie Armenien stets ein Vorposten Rußlands im Kaukasus war, ist Aserbajdschan zu einem geopolitischen Brückenkopf der USA in einer strategisch wichtigen Region geworden, in der sich die Einflusssphären der großen Mächte überschneiden. Für die USA ist Aserbajdschan aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung: Ihnen geht es darum, durch Nutzung der Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan den Öllexport aus Aserbajdschan und Kasachstan sicherzustellen, zu einer möglichst raschen Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach beizutragen, breite demokratische Prozesse in Gang zu setzen sowie eventuell mobile amerikanische Streitkräfte auf dem Territorium des Landes zu stationieren.

Das Interesse der USA an Aserbajdschan ist noch größer geworden, nachdem das amerikanische Militär aus Usbekistan hinauskomplimentiert wurde. Dieses Vorwissen blieb nicht ohne Auswirkungen

auf die Kräftekonstellation in der Region und den außenpolitischen Kurs von Präsident Alijew. In jüngster Zeit haben zwei amerikanische Radarstationen in Aserbaidschan nahe der Grenzen zu Rußland und zum Iran ihren Betrieb aufgenommen. Außerdem ist in Baku mit amerikanischer Hilfe ein militärisches Zentrum eingerichtet worden, von dem aus sämtliche Bewegungen von Schiffen und Flugzeugen auf dem Kaspischen Meer überwacht werden können. Daß in den Beziehungen zwischen den USA und Aserbaidschan die militärische Komponente eine dominierende Rolle zu spielen beginnt, wird auch an den häufigen Besuchen von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und anderen amerikanischen Offiziellen in Baku erkennbar. Eine Änderung des Status quo in Aserbaidschan liegt jedenfalls nicht im Interesse des Pentagon, das die militärische Zusammenarbeit mit diesem südkaukasischen Land noch ausweiten möchte.

Aber auch Rußland ist stark bemüht, seinen Einfluß in Aserbaidschan auszubauen. Im postsowjetischen Raum spielt Rußland traditionell die Rolle einer »anti-revolutionären«, den Status quo bewahrenden Kraft, so auch jetzt in Aserbaidschan. Zudem bestehen freundschaftliche Beziehungen zwischen Wladimir Putin und Ilham Alijew. Für Rußland ist es grundsätzlich wichtig, daß Alijew auf aserbaidisch-nischem Territorium keine amerikanischen Militärstützpunkte gestattet, die dem Zweck dienen, die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan zu schützen oder Druck auf den benachbarten Iran auszuüben. Da es sich die Führung in Baku weder mit Moskau noch mit Teheran verderben will, ist sie faktisch in ein Dilemma geraten und muß zwischen Moskau und Washington einerseits und zwischen Teheran und Washington andererseits lavieren.

Wohl nicht zufällig wurde Baku in der Endphase des Wahlkampfes von zwei hohen ausländischen Gästen besucht. Der erste war der Direktor des russischen Auslandsnachrichtendienstes, Sergej Lebedew, und der zweite der stellvertretende US-

Außenminister, Daniel Fried. Beide führten mit Präsident Alijew Gespräche hinter verschlossenen Türen, bei denen über die innenpolitische Situation gesprochen worden sein soll. Es bedarf keiner großen Phantasie, um zu erraten, daß Lebedews Besuch im Zeichen der Unterstützung des Präsidenten bei der Verhinderung einer »Farbrevolution« in Aserbaidschan stand. Der Besuch Daniel Frieds dürfte dem Bemühen gegolten haben, Alijew von weiteren harten Maßnahmen, wenn schon nicht gegen illoyale Mitarbeiter, so doch zumindest gegen die Opposition abzuhalten. Dabei unterstützt die amerikanische Regierung die Opposition weniger, als daß sie sie benutzen würde, um auf den Präsidenten einzuwirken. Im verschärften Machtkampf nach der Wahl möchte Washington seinen Einfluß auf die Situation im Lande behalten. Allem Anschein nach bemühen sich die USA um die Konzipierung eines evolutionären Modells zur politischen Veränderung in Aserbaidschan. Demnach könnte die Opposition ein Drittel der Parlamentsmandate erhalten und mit den liberaleren Mitgliedern der Regierungspartei zusammenarbeiten, um den Präsidenten bei der Liberalisierung des politischen Systems und bei der Wirtschaftsreform zu unterstützen.

Ganz offensichtlich sind die USA nicht an einer Destabilisierung der innenpolitischen Situation interessiert. Sie haben das autoritäre Regime zwar schwächen, nicht aber die amtierende Staatsmacht stürzen wollen. In jüngster Zeit scheint man in Washington erkannt zu haben, daß »Farbrevolutionen« destruktiv sein können, wie die Ereignisse in Kirgistan gezeigt haben. Die anfängliche Euphorie der USA ist offenbar der Ernüchterung gewichen. Deshalb wünscht Washington in Aserbaidschan kein neues Chaos, das zu ernststen Problemen für die schon erwähnte Ölpipeline führen könnte und die ohnehin schon hohen Ölpreise noch weiter in die Höhe treiben würde. Was aber die Situation zusätzlich kompliziert: Da Aserbaidschan über große Ölvorräte verfügt, wird eine zurückhaltende Reaktion der USA auf pro-

blematische Vorgänge in diesem Land von vielen als politische Konzession an Ölinteressen aufgefaßt werden.

Wie geht es weiter?

Es sieht danach aus, als stünde Aserbaidtschan ein stürmisches Jahresende bevor. Sollte die Opposition den politischen Weg einschlagen, den seinerzeit die Führer der »orangenen Revolution« in der Ukraine beschritten haben, wird sich die Situation Anfang 2006 zuspitzen. Präsident Alijew hat im Grunde zwei Alternativen: Entweder er läßt in einigen Wahlbezirken Nachwahlen abhalten, damit die Führer der Opposition nachträglich ins Parlament gelangen können, oder er macht keinerlei Konzessionen und riskiert damit eine neue Welle der Konfrontation und mögliche Massenprotestaktionen.

Das heutige Aserbaidtschan braucht ganz sicher eine neue strategische Vision, die auf tiefgreifende politische Veränderungen, weitgehende Freiheiten und eine radikale Reform der Regierung in der Nachwahlzeit abzielt. Präsident Alijew wird an der Macht bleiben können, wenn er die strategischen Investoren davon überzeugen kann, daß niemand anderer als gerade er Stabilität zu garantieren und demokratische Reformen in Aserbaidtschan zu initiieren vermag. Aber auch die Opposition hat die Chance, an die Macht zu kommen, wenn ihre Führer den USA und den anderen westlichen Demokratien glaubhaft versichern können, daß sie die breite Unterstützung der Gesellschaft haben und daher in der Lage sind, die Stabilität im Lande zu garantieren.

Das derzeit wahrscheinlichste Szenario: Die politische Entwicklung wird unter der Kontrolle des amtierenden Regimes evolutionär verlaufen. Sollte ein Kampf um die Umverteilung von Macht und Eigentum mit entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen entbrennen, werden sich Washington und Moskau aktiv in dessen Beilegung einschalten und sich gemeinsam um die Aufrechterhaltung und

Festigung der Stabilität in Aserbaidtschan bemühen.

Die Europäische Union (EU) hat trotz ihres wachsenden Interesses an kaspischen Energierohstoffen und Pipelineprojekten bislang keine besonders prominente Rolle in Aserbaidtschan gespielt. Sie muß auch in dieser Region mehr Kohärenz im Hinblick auf ihre Instrumente und die Aktivitäten ihrer Mitglieder entwickeln. Käme das volle Spektrum ihrer politischen Möglichkeiten zum Einsatz – vom diplomatischen Engagement über Regionalprogramme, wie TRASECA (Transportation Corridor Europe-Caucasus-Asia) und TACIS, bis zur aktiven Unterstützung von Konfliktlösung – würde dies signifikant zur Förderung von Stabilität und Entwicklung in Aserbaidtschan und in der Region beitragen. Im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik sollte die EU durch transnationale Wirtschaftsprojekte und aktive Unterstützung durchgreifender Reformen zur Festigung von Rechtsstaatlichkeit, zur Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen und zur Entwicklung von Marktwirtschaft, kurz zu nachhaltiger Stabilität beitragen. Zu diesem Zweck muß sie auf konstruktive Kräfte sowohl im Oppositions- als auch im Regierungslager setzen, auf Personen, die zur Zusammenarbeit bereit sind, um das Land zu reformieren und es auf lange Sicht in die europäische Völkergemeinschaft zu integrieren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364